

DOI: 10.5771/0342-300X-2019-6-467



**KLAUS BUSCH/  
JOACHIM BISCHOFF/  
HAJO FUNKE:**  
**RECHTSPOPULISTISCHE  
ZERSTÖRUNG EUROPAS?**  
WACHSENDE  
POLITISCHE INSTABILITÄT  
UND DIE MÖGLICHKEITEN  
EINER KEHRTWENDE

VSA Verlag,  
Hamburg 2018

ISBN 978-3-89965-778-4  
224 Seiten, 16,80€

© WSI Mitteilungen 2019  
Diese Datei und ihr Inhalt sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck und Verwertung  
(gewerbliche Vervielfältigung, Aufnahme in elektronische Datenbanken, Veröffentlichung  
online oder offline) sind nicht gestattet.

**H**aben rechtspopulistische Parteien die Chance, das Projekt der europäischen Integration zum Scheitern zu bringen? Die drei Autoren des Bandes sehen diese Gefahr, und sie begründen ihre Ansicht in einer spannenden Studie, die eine sozialökonomische mit einer historisch-politischen Analyse verbindet. Die „große Krise“ Europas seit 2008 hatte mehrere Facetten: Sie wurde ursprünglich als Finanzkrise wahrgenommen, sodann als Schuldenkrise, die in eine Währungskrise mündete, und nicht zuletzt als sogenannte „Flüchtlingskrise“ mit einem Zuwachs an flüchtenden Menschen in den Gesellschaften Mittel- und Westeuropas in den Jahren 2015/16. In den beiden einleitenden Kapiteln zeigen Busch, Bischoff und Funke, dass die Krise der Gemeinschaftswährung Euro sowie die Versuche ihrer „Rettung“ das Vertrauen in die politische Leistungsfähigkeit der EU unterminiert haben. Die als „Austeritätspolitik“ bekannten Auflagen an die ärmeren Mitgliedstaaten haben zu sozialen Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen geführt – als Ursache für den damit für viele verbundenen sozialen Abstieg wurde die EU und ihre „Rettungspolitik“ identifiziert. Bereits auf dieser Grundlage habe der Rechtspopulismus einen Aufschwung erlebt, und zwar insbesondere in den reicheren Staaten Nord- und Mitteleuropas. Als ein regelrechtes „Schwungrad des Rechtspopulismus“ hätten sich sodann die „Flüchtlingskrise“ und die Unfähigkeit der Union erwiesen, eine solidarische Asyl- und Einwanderungspolitik zu beschließen. Einen besonderen Mehrwert leistet die Studie, wenn es in den folgenden fünf Kapiteln um die Entwicklung des Rechtspopulismus in den fünf EU-Staaten Italien, Frankreich, Niederlande, Österreich und Deutschland geht. Natürlich findet sich auch hier vieles, was bereits an anderer Stelle beispielsweise zu Front National, zur FPÖ oder zur AfD zu lesen war. Überzeugend ist jedoch zum einen der systematische Vergleich, der durch eine ähnliche Struktur der Länderkapitel ermöglicht und schließlich auch von den Autoren durchgeführt wird. Zum anderen bewährt sich aber auch das Konzept, die sozialökonomische Untersuchung mit der historisch-politischen Analyse zu verbinden. Busch, Bischoff und Funke gehen der Frage nach, wie sich die wirtschaftliche Entwicklung der Länder, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und die sozialpolitischen Reformen auf die Erfolgsaussichten rechtspopulistischer Parteien ausgewirkt haben. Insbesondere die Studien zu Italien und Frankreich folgen dieser Leitperspektive, während die anderen stärker auf die historischen und politischen Erbschaften sowie die jüngeren politischen Prozesse und Wahlen eingehen. Im Zwischenfazit kommen die Autoren zum Ergebnis, dass es vor allem die unbefriedigende Reaktion der etablierten Parteien auf die soziale und ökonomische Entwicklung war, die den Aufstieg der rechtspopulistischen Bewegungen ermöglicht hat. In den beiden Schlusskapiteln wird die EU in die Betrachtung einbezogen. Völlig zutreffend weisen Busch, Bischoff und Funke darauf hin, dass die politische Instabilität durch den Auftritt der Rechtspopulisten nicht auf die Mitgliedstaaten beschränkt bleibe, sondern sich auf die EU übertrage. Die Regierungen (und auch das Europäische Parlament) seien immer weniger in der Lage, in drängenden Zukunftsthemen – Währung, Asyl und Einwanderung, soziales Europa – zu gemeinsamen Lösungen zu kommen. Das liegt, so die Autoren, an den unterschiedlichen Interessen der Regierungen, vor allem aber an der Wirkung des Rechtspopulismus, der es in Italien (und anderen Mitgliedstaaten) bereits an die Hebel der Regierung gebracht hat. Mit der Bewegungsunfähigkeit der EU bestätigten sich die Vorurteile und Zerrbilder, die die rechtspopulistischen Parteien ohnehin von ihr zeichnen. Wie kann darauf reagiert werden? Große Sprünge erwarten die Autoren gegenwärtig nicht. Stattdessen plädieren sie für einen politisch-kulturellen Minimalkonsens, um den Euro und damit auch die EU zu stabilisieren. Die Fiskalpolitik solle beschäftigungsorientierter werden, ein Investitionsprogramm die Nachfrage stärken, die EU solle konjunkturelle Dellen und die arbeitsmarktpolitische Instabilität in den Mitgliedstaaten ausgleichen, die soziale Dimension der EU gestärkt und die Mittelmeeranrainer bei der Aufnahme von geflüchteten Menschen unterstützt werden. Das klingt nicht nach einem radikalen Alternativprogramm, von dem der „Ausblick“ des Buches als Antwort auf den Rechtspopulismus spricht. Aber, das machen die Autoren deutlich, die Rahmenbedingungen der EU lassen einen zugleich supranationalen wie auch sozialen Spurwechsel gegenwärtig gar nicht zu. Vielmehr, so das Anliegen der Studie, müsse nach pragmatischen Wegen gesucht werden, den Abwärtstrend der EU zu stoppen und das Vertrauen in die Union zu stärken. Die Studie besticht durch ihre hohe praktische Relevanz und die prägnanten Analysen zu den EU-Mitgliedstaaten wie auch zu ihrer aktuellen Lage. Wünschenswert wäre eine Erweiterung um mittel- und osteuropäische Staaten gewesen, in denen (wie auch in Italien) Rechtspopulisten längst eine (nicht selten sogar die stärkste) Regierungspartei stellen, zugleich aber die historisch-politischen Ausgangsbedingungen anders waren als in den westlichen (und überwiegend alten) Mitgliedstaaten. Dass noch nicht alle aktuellen Daten und Entwicklungen berücksichtigt werden konnten, schmälert den Wert des Bandes nur unwesentlich. Denn die Grundthese bleibt davon unberührt: Die rechtspopulistische Wende in den Mitgliedstaaten bleibt ein Problem auch für die EU, selbst wenn, wie bei den Wahlen im Mai 2019 zum Europäischen Parlament, der Erfolg dieser Parteien auf europäischer Ebene begrenzt bleibt. ■

WILHELM KNELANGEN, KIEL